18.03.2016 – 18:40 Uhr

SFH zum Türkeideal der EU / Bankrotterklärung der EU-Flüchtlingspolitik

Bern (ots) -

Die Schweizerische Flüchtlingshilfe SFH nimmt mit grosser Sorge und Entrüstung von den Ergebnissen des EU-Türkei-Gipfels Kenntnis. Für einen Deal mit der Türkei opfert die EU das individuelle Asylrecht. Die Flüchtenden Menschen sollen auf unwürdige Weise umhergeschoben werden anstatt sie in die Mitgliedstaaten zu verteilen und ihnen humanitäre Hilfe und ein anständiges Asylverfahren zu gewähren.

Laut dem heute verabschiedeten Abkommen zwischen der EU und der Türkei sollen auf den griechischen Inseln gestrandete Flüchtlinge zurück in die Türkei geschickt werden. Als Kompensation ist vorgesehen, wenige der bereits in der Türkei lebenden Syrer und Syrerinnen in der EU unterzubringen. Ein glaubwürdiger EU-Verteilschlüssel existiert nicht. Europa ist damit vor dem türkischen Staatspräsidenten Erdogan eingeknickt. Die Schweiz ist als Schengen/Dublin-Mitglied integraler Bestandteil dieser Politik. Stefan Frey, Mediensprecher SFH: "Das ist ein unwürdiger Menschenschacher. Der Deal ist der moralische und rechtliche Bankrott der europäischen Flüchtlingspolitik. Er widerspricht dem Völkerrecht."

Zweiklassen-Asylrecht

Der Deal befasst sich nur mit Flüchtlingen aus Syrien. Schutz suchende Menschen aus anderen Ländern werden weiterhin ungeachtet Ihrer Herkunft und ihrer Schutz-würdigkeit umhergeschoben. Durch den Deal entsteht eine Diskriminierung nach Staatsangehörigkeit. Das individuelle Recht auf Schutz wird untergraben.

Gefahren für Flüchtlinge nehmen zu

Die Türkei ist für die Flüchtlinge kein sicherer Staat, weil dort der Zugang zum Asylverfahren und der Schutz gemäss Genfer Flüchtlingskonvention nicht gewährleistet sind. Die Hindernisse auf der Balkanroute vergrössert für tausende von Menschen das Risiko und zwingt sie auf lebensbedrohliche Ausweichrouten. Eine direkte Folge wird ein noch lukrativeres Schleppergeschäft über das Meer sein. Statt Fluchtrouten zu verschieben und Schlepper zu fördern, muss die EU endlich gemeinsame, umfassende Lösungen schaffen, um den Flüchtlingen Schutz zu bieten.

Die Lösung: Fluchtwege legalisieren, Fluchtursachen bekämpfen Für jene Minderheit der nach Europa flüchtenden Menschen - über 90 Prozent der Flüchtlinge harren in Lagern von Nachbarländern aus - gibt es kurzfristig nur die Legalisierung der Fluchtwege als Mittel gegen die unerträgliche menschliche Tragödie. Parallel dazu muss das Schengen/Dublin-System so reformiert werden, dass korrekte Verfahren und menschenwürdige Aufnahmebedingungen in allen Mitgliedstaaten herrschen. Und es muss mit aller Energie für die Bekämpfung der Fluchtursachen in den Herkunftsländern gearbeitet werden.

Als Kasten:

Sicherer Drittstaat Türkei? Die Türkei steht nicht auf der Liste sicherer Herkunftsstaaten des Staatssekretariats für Migration. Umso fraglicher ist ihre Einstufung als sicherer Drittstaat. Aus der schweizerischen Asylstatistik 2015: 424 türkische Staatsangehörige haben im letzten Jahr in der Schweiz ein Asylgesuch gestellt. 56,4 % von allen Gesuchstellern (inkl. jener Gesuche, auf die gar nicht eingetreten wurde, weil es sich um so ge-nannte Dublin-Fälle handelte) haben von der Schweiz Schutz erhalten. 44,2 % der Gesuchsteller erhielten Asyl, weil sie persönlich vom türkischen Staat verfolgt wer-den. Vertiefte Informationen über die Türkei als Fluchtland: https://www.fluechtlingshilfe.ch/herkunftslaender/europa/tuerkei.html

Rückfragen:

Constantin Hruschka, Leiter Abteilung Protection SFH
constantin.hruschka@fluechtlingshilfe.ch
031 370 75 11

tefan Frey, Mediensprecher SFH
stefan.frey@fluechtlingshilfe.ch
031 370 75 15 / 079 509 47 89.

Diese Meldung kann unter https://www.presseportal.ch/de/pm/100056995/100785600 abgerufen werden.